

## **Kurzfassung des Vortrags von Jacques Delors**

Berlin, 28. Januar 2011

### **„Wo steht Europa?“**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Es ist jedermann klar, dass die Euro-Krise überaus schwerwiegend ist und die Europäische Union deshalb rasch und wirksam als Feuerwehr aktiv werden muss, um die von den Märkten und von der Spekulation entfachten Brände zu löschen. Aber diese Krise verdeutlicht auch die Notwendigkeit, die Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion zu beheben. Mit anderen Worten: Wir brauchen Architekten zur Gestaltung und Konsolidierung des Euro-Gebäudes.

Wir dürfen deswegen jedoch die übrigen Probleme im Zusammenhang mit der Fortsetzung der europäischen Integration, ein Jahr nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, nicht vergessen.

Um die Europäische Union in die richtige Perspektive zu setzen, muss man auch die übrigen Dimensionen unserer gemeinsamen Zukunft berücksichtigen.

### Die Europäische Union in der Perspektive

Zunächst darf man die Behandlung der EU-Beitrittsanträge nicht außer Acht lassen. Ich denke an die Balkanstaaten (Kroatien, Serbien, Montenegro, Mazedonien...) und auch an das explosive Thema Türkei. Bei letzterem darf man – unabhängig von der eigenen Grundeinstellung – die psychologischen und politischen Gesichtspunkte nicht aus dem Blickwinkel verlieren. Es gilt immer sorgfältig abzuwägen, welche Auswirkungen die Haltung

der Union auf sämtliche Beziehungen zur muslimischen Welt und auf die geopolitischen Entwicklungen haben kann.

Zumindest teilweise besteht im Übrigen eine Verbindung zwischen den Erweiterungsproblemen und der Politik der Außenbeziehungen, wie sie die Union neben den klassischen „Freihandelsabkommen“ allen Ländern im Osten anbietet. Wie kann man diese in Überlegungen zur europäischen Russland-Politik mit aufnehmen? Ist es überhaupt möglich, Energie-Themen in unserem Verhältnis zu Russland *nicht* auf europäischer Ebene zu behandeln?

Die Außenbeziehungen sind ein weites Aufgabenfeld. Ich würde im Rahmen dieser Überlegungen dazu tendieren, der Politik gegenüber den USA, dem Verhältnis zu den großen Schwellenländern Indien, China und Brasilien und der weiteren Entwicklung der Mittelmeer-Union (UPM) einen Vorrang einzuräumen.

Ob G8 oder G20, an Diskussionen über Global Governance wird es nicht mangeln. Hoffentlich werden wir dort ein anderes Gesicht zeigen als beim Umweltgipfel in Kopenhagen, wo gewisse Staats- und Regierungschefs mehr damit beschäftigt waren, von sich reden zu machen, als gemeinsam die exzellenten Vorschläge voranzubringen, die der Europäische Rat angenommen hatte. Von der Einführung neuer Regeln für den internationalen Handel (Doha-Prozess) bis hin zur Überwachung der Finanzmärkte und der Banken, überall sind Fortschritte zu erhoffen, wenn die Europäische Union Entschlossenheit zeigt und mit einer Stimme spricht.

Natürlich drängt sich bei dieser zwangsläufig allzu knappen Gesamtschau am Ende die Frage nach dem „modus operandi“ auf Ebene der Union auf. Unsere Effizienz und unser Einfluss hängen auch davon ab, wie Entscheidungen vorbereitet und dann angenommen

werden. Ein Blick auf vergangene Erfahrungen zeigt, dass Europa mit der Gemeinschaftsmethode immer schneller und effizienter war, während die Rückkehr zur intergouvernementalen Methode oft interne Krisen verursacht oder den Entscheidungsprozess verlangsamt hat.

Diese Debatte ist nicht beendet – zumal jetzt die sogenannte „Unionsmethode“ im Gespräch ist, die unlängst von Bundeskanzlerin Merkel in einer Rede beim Europakolleg in Brügge propagiert und illustriert wurde. Deshalb scheint es mir geboten, die Grundlagen und Vorteile der Gemeinschaftsmethode in Erinnerung zu rufen.

#### Der Euro im Mittelpunkt europäischer Widersprüche

Wie ich seit 1997 nachdrücklich betont habe, weist die Wirtschafts- und Währungsunion zwei Konstruktionsfehler auf. Das ist zum einen das Ungleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen und der monetären Dimension, bedingt durch die fehlende Koordinierung der einzelstaatlichen Wirtschaftspolitiken. Der Bericht des Delors-Komitees von 1989 unterstrich die enorme Bedeutung dieses Gleichgewichts, und die Richtigkeit dieser Diagnose, die sich auf die Erfolgsbedingungen einer optimalen Währungszone bezog, wurde von den Ereignissen leider bestätigt.

Hätte bereits seit 1999 eine Koordinierung der makroökonomischen Politiken existiert, so hätten die Berichte der Europäischen Kommission die finanziellen Stabilitätsrisiken aufgrund der beginnenden Immobilienblasen und der Exzesse der privaten Verschuldung unterstrichen. Doch dem war nicht so.

Am meisten überrascht hat mich die Reaktion mancher Mitgliedstaaten, die sagten: „Wir sind nicht verantwortlich für die Dummheiten der anderen“. Wozu war dann der „Euro-Rat“ nütze? Warum hat die Europäische Zentralbank, die allein auf das Preisziel fixiert war, nicht Alarm geschlagen? In Ermangelung entsprechender Reaktionen der europäischen Institutionen gilt seit 2006 die kollektive Verantwortung.

Die Notwendigkeit einer besseren globalen Governance ist im Übrigen anerkannt.

Der zweite Konstruktionsfehler ist die Verquickung zwischen den Mitgliedstaaten der Wirtschafts- und Währungsunion (seit 1. 1. 2011 sind es 17) und den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der gesunde Menschenverstand besagt, dass Länder mit derselben Währung besondere, deutlich weiter gehende Rechte und Pflichten haben als Länder, die nur der Europäischen Union angehören.

Für die genannten beiden Konstruktionsmängel gilt es Abhilfe zu schaffen.

Sollte man diese Erfahrung deshalb verdammern und sich nach der nationalen Währung zurücksehen? Ich glaube dies nicht.

Angesichts der Flut von Kritik gegen den Euro ist vor allen folgenden Überlegungen zunächst auf die Bilanz der ersten zehn Jahre seit Einführung des Euro bis zum Ausbruch der Finanzkrise zu verweisen:

Die Ergebnisse können sich sehen lassen: jährlich 2,1% Wachstum, 2,2% mehr Investitionen pro Jahr (bester Wert seit 1990), 16 Millionen neu geschaffene Arbeitsplätze (d.h. +15%), eine gut kontrollierte Inflation, verringerte Kreditzinsen, ein Anteil des Handels innerhalb der Euro-Zone von einem Drittel des gesamten Handels (gegenüber einem Viertel vor 10 Jahren).

Natürlich war die Konvergenz nicht völlig zufriedenstellend. Das Zinsgefälle erreichte bis zu 3-4%, das Leistungsbilanzungleichgewicht gewisser Länder vergrößerte sich – im Falle von Spanien, Griechenland und Portugal auf ca. 10% des BIP.

Dies hatte mich 2008 zu folgender Feststellung veranlasst: „Der Euro schützt, aber er stimuliert nicht.“ Er hat selbst die Länder geschützt, „die Dummheiten machten“. Den Grund hierfür habe ich bereits genannt: es ist das Fehlen einer echten wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit.

Hier in Berlin ist es nicht unnützlich daran zu erinnern, dass der Euro auch ein deutsches Abenteuer ist. Schon zum Zeitpunkt der Gründung des Europäischen Währungssystems im Jahr 1979 verkörperten die führenden Vertreter Deutschlands eine Vision der europäischen Integration, die über kurzfristige Interessen hinaus bemüht war, Kompromisse zu finden, welche Europa voranbrachten. Sie überzeugten die anderen Länder davon, dass Währungsstabilität eine wesentliche Bedingung für den Erfolg einer sozialen Marktwirtschaft darstellt.

Die geschilderte Politik erhielt ihre Bestätigung anlässlich der Währungskrise 1992, wo Arrangements gefunden wurden, um den Fortbestand des EWS bis zur Einführung der einheitlichen Währung zu sichern. Diese Fortschritte erfolgten immer unter Bezugnahme auf die D-Mark als Ankerwährung der europäischen Systeme. Der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zum Vorankommen der europäischen Integration war folglich enorm – womit im Gegenzug allerdings konkrete Vorteile für den Außenhandel und die Unternehmensniederlassungen in der Europäischen Union verbunden waren: Die Ausfuhren der Bundesrepublik in die EU-27 entsprechen einem Anteil von 63%, wovon 43% in die Länder der WWU gehen.

Die mit Sicherheit bestehende Verflechtung zwischen unseren Ländern birgt das Potenzial für positive Solidarität – was jedoch leider nicht richtig verstanden wird; daher die feindseligen, ja sogar verächtlichen Reaktionen, die seit Beginn der Krise zu beobachten waren.

Eigentlich haben die Europäer doch nur eine Pflicht, nämlich den Widerstand gegen die Spekulation und gegen die ewigen Feinde der einheitlichen Währung zu organisieren. Es wurde jedoch zu langsam und nicht stark genug reagiert. Gewiss ist die Situation schwierig, und die Gespräche müssen offen sein, aber nicht zu Lasten eines guten Krisenmanagements, das Reaktionsschnelle, Kohärenz und Effizienz verlangt.

Zu viele Gerüchte, zu viele Aussagen, mit denen die Öffentlichkeit im eigenen Land beruhigt werden sollte, haben die Skepsis über die Zukunft der einheitlichen Währung genährt. Heute ist zwar noch nichts gewonnen, aber in den jüngsten Absichten unserer Verantwortungsträger ist zum Glück nunmehr doch eine explizitere Solidarität zu erkennen.

Noch zu konkretisieren bleibt das Bemühen um eine entschlossener und überzeugendere Governance. Wir hoffen, dass sie die glückliche Folge der vom Europäischen Rat beschlossenen Maßnahmen sein wird:

- Ständiger Fortbestand und Stärkung des Fonds für gegenseitige Unterstützung
- Einführung einer wirksamen Regulierung des Finanz- und Bankensystems
- Erfolgreiche Umsetzung des sogenannten „europäischen Semesters“ für mehr Konvergenz in der makroökonomischen Politik der WWU-Staaten

- Progressiver Erfolg – und damit auch Glaubwürdigkeit – der Anstrengungen zur Haushaltssanierung.

Seien wir pragmatisch. Beobachten wir die Entwicklungen und die Ergebnisse der kommenden Monate. Aber eins ist klar: wenn sich kein Fortschritt zeigt, müsste über einen institutionellen Sprung in der WWU nachgedacht werden, um eine gewisse Abstimmung der Politik und eine wirksamere Governance zu ermöglichen.

Es wäre verfrüht, jetzt schon ein Urteil über die aktuell laufenden Maßnahmen zu fällen. Doch ist bereits erkennbar, dass das Vereinbarmachen von mehr finanzieller Stabilität und mehr Wachstum ganz maßgeblich abhängig ist von dem durch originär europäische Maßnahmen erzielbaren Mehrwert – insbesondere durch Investitions- und Innovationsförderung, d.h. die Vorbereitung einer günstigeren Zukunft in puncto Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Erhaltung des *welfare state*. In dieser Hinsicht besteht auf europäischer Ebene noch enormer Handlungsbedarf: das gilt für den Haushalt der Union ebenso wie für die Verteilung der öffentlichen Mittel zugunsten von Zukunftsmaßnahmen oder die Emission von Euroanleihen – nicht zur Beseitigung der Schulden, sondern zur Finanzierung wachstumsfördernder Strukturmaßnahmen. Genau das, was ich als Kommissionspräsident in dem Bericht „Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung“ 1993 vergeblich vorgeschlagen hatte.

Um voranzukommen, muss man Klartext reden und Missverständnisse ausräumen.

Sind unsere Mitbürger und unsere Verantwortungsträger sich wirklich im Klaren darüber, dass Europa angesichts des großen Wandels, den uns die Globalisierung und das

Aufstreben der Schwellenländer auferlegen, schlichtweg nur die Wahl hat zwischen Überleben und Niedergang? Wie heißt es so schön: Einheit macht stark!

### Das goldene Dreieck: Wettbewerb, Kooperation und Solidarität

So lautete die damals von mir vorgeschlagene Formel zur Illustration der Einheitlichen Europäischen Akte (1985-87), die es ermöglicht hat, gleichzeitig mit dem Binnenmarkt (Zieljahr 92) auch die wirtschaftliche und soziale Kohäsion und die Anerkennung des sozialen Dialogs zwischen der Arbeitgeberseite, den Gewerkschaften und den Gemeinschaftsinstitutionen zu verwirklichen.

Diese Faustformel muss weiterhin unser Kompass bleiben, um die Vorteile des Freihandels vereinbar zu machen mit den konkreten Zeichen der Zugehörigkeit zu einer Gesamtheit, die für sich beansprucht, mächtig, einflussreich und zugleich solidarisch zu sein.

Gegenüber diesem Ideal haben wir jedoch einen Rückschritt gemacht.

Und zwar an erster Stelle deshalb, weil die wirtschaftliche und soziale Kohäsionspolitik gerade bei den Ländern, die mehr zum europäischen Haushalt beitragen als sie daraus erhalten, auf wachsende Vorbehalte trifft. Die positiven Folgen für die eigene Volkswirtschaft in Form von Exporten und Direktinvestitionen werden von ihnen nicht mehr im richtigen Maßstab wahrgenommen. Darüber hinaus hat die gewollte Schwächung der Gemeinschaftsmethode zur Folge, dass sich die wirtschaftliche und soziale Kohäsion auf die Ausgabe von Schecks an bestimmte Länder beschränkte, ohne dass die Kooperation zwischen den Regionen Fortschritte macht. Die Philosophie der Einheitlichen Akte war ganz anders. Die Kooperation implizierte eine Abstimmung zwischen der Europäischen

Kommission und den Regionen, eine Bilanz der jeweils durchgeführten Maßnahmen, eine europaweite Weitergabe und Nutzung erfolgreicher Erfahrungen im Bereich der Wirtschaftsförderung, die gezielte Entwicklung der ländlichen Gebiete sowie die Schaffung von „Bottom-up“-Aktivitäten.

Um es in einem Satz auf den Punkt zu bringen: Die Kooperation ist das fehlende Glied meiner Trilogie. Hinsichtlich der Politik der Fonds (Regional-, Sozial-, Agrarfonds) wurde dies soeben erläutert. In den Bereichen Energie und Umwelt wird es bedauert. Man sollte in diesem Zusammenhang die Kosten der Nicht-Kooperation ansprechen. Das ist der Grund, weshalb ich den Aufbau einer Europäischen Energiegemeinschaft vorgeschlagen habe, um die Märkte zu disziplinieren, die Kartellbildung auf nationaler Ebene zu verhindern und Nutzen zu ziehen aus gemeinsamen Reserven und Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung und zur Entwicklung der Neuen Energien. Ohne die Kooperation wird der Wettbewerb in den Augen mancher voller Risiken bleiben, Solidarität wird unter Verweis auf nationale Interessen abgelehnt werden. Die Kooperation wird das Gleichgewicht in der WWU wieder herstellen und deren künftige Erfolge sichern, und sie wird es der Europäischen Union ermöglichen, ihre Vorteile in den Bereichen Forschung, Energie und Umwelt zu maximieren.

\*

\*       \*

Somit komme ich also abschließend wieder zu dem zentralen Gedanken der Kooperation zurück. Ein Gedanke, der für die WWU der 17 ebenso gilt wie für die EU der 27. Die Integration der europäischen Staaten erfolgt sicherlich über den Binnenmarkt, den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr und die Annahme gemeinsamer Regeln hierfür. Doch das Ideal der Union lässt sich nicht verwirklichen ohne ein größeres

Maß an Kooperation auf Ebene der makroökonomischen Politik, der Finanz- und Bankensysteme, der Unternehmen und der Gewerkschaften. Der Kooperationsgedanke rechtfertigt den bereits 1985 auf europäischer Ebene von mir lancierten sozialen Dialog, der allerdings seit einigen Jahren stagniert. Gerade unseren deutschen Freunden brauche ich wohl nicht zu vermelden, dass die soziale Marktwirtschaft ohne den sozialen Dialog und die Dynamik der Zivilgesellschaft nicht prosperieren kann.

Es geht um die Verdeutlichung der Gründe für unser Zusammen-Leben und Zusammen-Handeln wie auch darum, die gemeinsame Anstrengung von allen Akteuren der Gesellschaft – einschließlich der Zivilgesellschaft – schultern zu lassen. Auf diese Art und Weise werden auch die Bürgerinnen und Bürger mit einbezogen und die Demokratie vorangebracht.